

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/056(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag, 05.10.2023	Mensa Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	19:45 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.08.2023
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Haushaltsplan 2024
FB 02 DS0446/23
 - 5.2 Grundsatzbeschluss Neubau Feuerwehrhaus FF Rothensee und
Lehrrettungswache im Stadtteil Rothensee
Amt 37 DS0379/23

5.2.1	Grundsatzbeschluss Neubau Feuerwehrhaus FF Rothensee und Lehrrettungswache im Stadtteil Rothensee SPD-Stadtratsfraktion	DS0379/23/1
5.3	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal" Amt 61	DS0037/23
5.4	Satzung zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal" Amt 61	DS0038/23
5.5	1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg" im vereinfachten Verfahren und öffentliche Auslegung einschließlich der ersatzweisen Planung nach § 37 Abs. 3 StrG LSA zur Aufweitung der L 50 "Baustellenzufahrt" Amt 61	DS0375/23
5.6	Neugestaltung des Platzensembles Alter Markt in Magdeburg Beauftragung Vorplanung Amt 61	DS0469/23
6	Anträge	
6.1	Erneute Bewerbung um das Label „StadtGrün – naturnah“ SPD-Stadtratsfraktion	A0033/23
6.1.1	Erneute Bewerbung um das Label „StadtGrün – naturnah“ EB SFM	S0357/23
6.2	Mobilitäts-App für Magdeburg CDU-Ratsfraktion	A0136/23
6.2.1	Mobilitäts-App für Magdeburg Amt 66	S0407/23
6.3	Bilanzierung von Eingriffsfolgen nach dem Modell des Landes Sachsen-Anhalt Fraktion GRÜNE/future!, Fraktion DIE LINKE	A0018/23
6.3.1	Buchstabe a	
6.3.2	Buchstabe b	
6.3.3	Bilanzierung von Eingriffsfolgen nach dem Modell des Landes Sachsen-Anhalt Amt 61	S0188/23
7	Informationen	
7.1	Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA	I0217/23

Amt 66

- 8 Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
Amt 66
- 9 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Jürgen Canehl

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

René Hempel

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

Reinhard Stern

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden, geht auf die fristgerechte Ladung ein und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

- TOP 5.2 (DS0379/23) Grundsatzbeschluss Neubau Feuerwehrhaus FF Rothensee und Lehrrettungswache im Stadtteil Rothensee wird als erster Tagesordnungspunkt behandelt.
- TOP 6.1 (A0033/23) wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgestellt;

Abstimmung: 5-0-0 geändert beschlossen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.08.2023

Abstimmung: 5-0-0

4. Einwohner*innenfragestunde

5. Beschlussvorlagen

5.1. Haushaltsplan 2024
Vorlage: DS0446/23

Herr Kroll bringt die Beschlussvorlage ein. Der Haushaltsplanentwurf beinhaltet derzeit ein Defizit in Höhe von 23 Mio. €. Nicht berücksichtigt ist der Hightech-Park, der gesondert behandelt wird. Das hohe Defizit führt dazu, dass der Haushalt 2024 derzeit nicht genehmigungsfähig ist.

Ein positives Ergebnis wird erst 2027 wieder erwartet. Zwar ist eine Kommune nicht verpflichtet, jedes Haushaltsjahr mit einem Ausgleich abzuschließen, aber eine Perspektive muss erkennbar sein. Daher wird bereits ein Konsolidierungskonzept erarbeitet.

Im Einzelnen führt **Herr Kroll** aus, dass bei den Steuern und ähnlichen Abgaben die Maisteuerschätzung 2023 zugrunde gelegt wurde. Mit der Steuerschätzung im November 2023 ist keine Besserung zu erwarten, da die Wachstumszahlen in Minus gehen.

Die Gewerbesteuern zeigen sich bisher als ausreichend stabil, er erwartet aber nicht, dass es so weitergeht.

Bei Zuwendungen und allgemeinen Umlagen ist anzumerken, dass der allgemeine Inflationsausgleich zu kurz kommt.

Bei den Aufwendungen hat der Tarifabschluss bewirkt, dass in 2024 nochmals 27,4 Mio. € den eigentlichen Planansatz aus der mittelfristigen Planung erhöhen, da ein Tarifabschluss in dieser Höhe so nicht erwartet wurde.

Auch die Transferaufwendungen haben sich deutlich erhöht. Hierunter fallen Zahlungen an die Freien Träger im DKKiFöG sowie erhöhte Aufwendungen durch steigende Fallzahlen im DKHzE.

Weitere Erhöhungen ergeben sich aus steigenden Zuschüssen für die MVB, Baukostensteigerungen, Energiekosten und sowie im DKKID.

Die Zinsbelastung steigt um 70 %. Im Vergleich zur mittelfristigen Planung erfolgte eine Steigerung um 7 Mio. €.

Stadtrat Stage fragt hinsichtlich des anvisierten positiven Ergebnisses im Jahr 2027, wie man in Zeiten von Inflation zu der Annahme gelangt, dass die Aufwendungen wieder zurückgehen.

Herr Kroll stellt dar, dass es eine Schwankungsbreite gibt, Die Zahlen für die mittelfristige Planung werden anhand der Rechtslage ex ante erstellt, da kann sich noch viel verändern. Anhand der Investitionen führt er aus, dass es in 2021 wegen der großen Baumaßnahmen zu einer Investitionsspitze gekommen ist. Danach verstetigte sich dies auf einem hohen Niveau. So wurden etwa 140 – 150 Mio. € pro Jahr verbaut. Mittelfristig flacht die Investitionskurve ab. Es sei aber wichtig, dass investiert wird.

Vor dem Hintergrund, dass Brückensanierungen anstehen und es bekannt sei, dass der Magdeburger Ring nicht den Sicherheitsstandards entspricht, hinterfragt **Stadtrat Stage**, ob diese Zahlen realistisch sind.

Herr Gebhardt erklärt, dass der Sanierungsaufwand nicht in der Übersicht enthalten ist, sondern lediglich die Neuinvestitionen.

Herr Rehbaum verweist auf ein seit kurzem vorliegendes Gutachten zum Zustand des Magdeburger Ringes, das aber erst noch ausgewertet werden muss.

Stadtrat Stage konstatiert, dass die Zahlen damit nicht aussagekräftig sind, da sie nicht vollständig sind. **Herr Kroll** bestätigt, dass dies ein Haushaltsrisiko ist.

Bei den bedeutenden Investitionsmaßnahmen wurde ertragsseitig jedoch die Möglichkeit eingepreist, dass Aufwand, den die Stadt hatte, nicht vom Land ersetzt wird.

Noch unklar ist, wie sich die Besoldungsanpassung der Beamten darstellt. Hier wird ein Betrag in Höhe von 1,7 Mio. € angenommen. Möglicherweise wird ein Teil aber bereits in 2023 fällig.

Herr Kroll geht explizit auf die Fördermittelsituation beim Neubau Strombrücke ein. Grundsätzlich weicht die Fördermittelauszahlung gravierend von Antrag und Bewilligung ab. **Stadtrat Stage** fragt, ob die Fördermittel noch eingeplant sind. **Herr Kroll** bejaht dies. Es erfolgte eine volle Veranschlagung in dem Wissen, dass die Fördermittel nicht fließen werden. Es fehlen 90 Mio. €. Wenn diese nicht kommen, ist 2024 ein Nachtragshaushalt zu erstellen.

Stadtrat Stern kritisiert, dass sich die Stadt hier auf sehr dünnem Eis bewege. Er merkt an, dass Liquiditätskredite aufgenommen werden müssten. Wie hoch wären die Zinsen und sind diese bereits im Haushalt enthalten?

Frau Behrendt erwidert, wenn die Fördermittel nicht mehr im Haushalt enthalten sind, dann sind die Verhandlungen mit dem Land über die Zahlung gelaufen. Zinsen für solchen Kredit sind noch nicht enthalten. Die Höhe der Zinsen wird auf etwa 3 – 4 Mio. € geschätzt.

Herr Kroll stellt dar, dass die Stadt mit Ablauf dieses Jahres nicht mehr über ausreichend Rücklagen verfügt. Dem Land soll ein Konsolidierungsweg aufgezeigt werden. Daher ist anderem die Frage der Gebührenanhebung noch zu klären.

Stadtrat Canehl nimmt Bezug auf eine Zeitungsmeldung, in dem die Ideen zur Haushaltskonsolidierung aufgelistet waren. Er hinterfragt, was mit Verzicht auf weiterer Förderanträge, Vermeidung von Strafzinsen gemeint sei.

Frau Schäferhenrich erläutert, dass die Stadt auf die Umsetzung Maßnahmen Dritter, für die Städtebaufördermittel bereitgestellt werden, keinen Einfluss hat. Dauert die Realisierung zu lange, fallen Strafzinsen für nicht verbrauchte Fördermittel an, die die Stadt zu zahlen hat.

Stadtrat Stern erkundigt sich nach der Personalsituation und die Anzahl der unbesetzten Stellen im Dezernat VI. Vor dem Hintergrund der erheblichen Kostensteigerungen bei Baumaßnahmen fragt er, ob ein Controllingsystem geplant sei, eventuell auch mit einem neuen Mitarbeiter.

Herr Rehbaum führt aus, dass in allen Bereichen des Dezernates Stellen unbesetzt sind, derzeit etwa 60. Eine zusätzliche Stelle als Assistenz des FBL 68 ist geschaffen worden. Ziel ist, die Arbeit an den Großprojekten zu verstärken und eine bessere Abstimmung u.a. mit SWM und MVB zu erreichen.

Eine Übersicht zu den freien Stellen kann zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Stage nimmt Bezug auf die investive Maßnahmenliste (iML). Er wolle nicht alles in Frage stellen, gleichwohl möchte er wissen, ob man Maßnahmen auch verschieben kann. Er geht dabei auf die iML, Anlage 4.4, lfd. Nr. 6, 9 und 14 ein. Hier sind Erschließungskosten dargestellt, jedoch keine Einnahmen.

Zur laufenden Nr. 6 Erschließung städtische Grundstücke Ittisweg führt **Frau Schäferhenrich** aus, dass es keine Erschließung im kommenden Jahr geben wird, da aufgrund der Ergebnisse der Bürgerversammlung eine Überarbeitung der Planung erfolgt. **Herr Kroll** ergänzt, dass dies Teil der Änderungsliste wird.

Stadtrat Stern spricht sich dagegen aus, dies Projekt zu stoppen. Es handele sich um Wohnungsbau. **Herr Kroll** verdeutlicht, dass es hier nicht um einen Stopp geht, sondern aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen noch einmal eine Überarbeitung erfolgt, die Zeit braucht.

Stadtrat Stage weist darauf hin, dass die Kosten zur Erschließung des Kümmelsberg nördlicher Bereich (iML, Anlage 4.4, lfd. Nr. 9) die Verkaufserlöse übersteigen. **Herr Kroll** erklärt, dass die Ausgaben nur temporär darüber liegen werden. Man werde im Laufe der Jahre höhere Einnahmen erzielen. Das ist hier im HHP nur nicht dargestellt. **Stadtrat Stage** bemerkt, dass in der lfd. Nr.8 aber die Gesamtsumme benannt sei. **Herr Kroll** geht allerdings davon aus, dass nicht alle Verkaufserlöse enthalten seien.

Immerhin, so **Stadtrat Stage**, seien beim Sternsee (iML, Anlage 4.4, lfd. Nr. 14) die Einnahmen aus dem Verkauf etwas höher als die Erschließungskosten. **Stadtrat Hempel** fragt, was

eingepreist sind, da die Preise doch steigen. **Herr Kroll** legt dar, dass dies die aktuellen Preise sind. Noch offen ist der tatsächliche Marktpreis der Grundstücke. Hier wird ein internes Wertgutachten eingeholt, man werde die Grundstücke nicht verscherbeln.

Stadtrat Hempel hinterfragt den Stand der Planung der barrierefreien Haltestellen. **Herr Rehbaum** erläutert den aktuellen Stand. Diese Informationen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Stadtrat Stern erfragt den Umgang mit den in 2024 steigenden Energiekosten. **Frau Behrendt** erklärt, dass erhebliche Mehrkosten (5 Mio. €) eingeplant sind. Diese Summe ist allerdings im Haushaltsplan den einzelnen Gebäuden zugeordnet.

Stadtrat Hempel erinnert an seine Anfrage vom März zu den Energiekosten. KGM hätte diese damals nur bis zum Jahr 2020 dargestellt. Andere Kommunen haben ein zertifiziertes Energiemanagement. Dies habe die Stadt versäumt, hier müsse nachgearbeitet werden.

Herr Kroll erläutert, dass in der Ideensammlung zu den Einsparmöglichkeiten auch die Fortsetzung des Energiesparkonzeptes enthalten ist. Allerdings können keine Kosten beziffert werden.

Herr Rehbaum ergänzt, dass KGM ein eigenes System hat, in dem die Kosten gut abbildbar sind. Er werde diesbezüglich mit dem KGM Kontakt aufnehmen, damit dies in der weiteren Haushaltsdiskussion nochmal vorgetragen wird.

Stadtrat Stage kommt auf das Thema Zinsen zurück. Diese Belastung ist so hoch, dass es nunmehr keinen Handlungsspielraum mehr gibt. Er sei der Meinung, es ist Aufgabe der Verwaltung, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Hinsichtlich der in der iML, Anlage 4.8, Ziff. 24 – 28 enthaltenen Baumaßnahmen an Kitas möchte Stadtrat Stage wissen, ob es für diese Maßnahmen Stadtratsbeschlüsse gibt.

Hinsichtlich der Sonnenschutzmaßnahmen verweist **Herr Rehbaum** auf den Betriebsausschuss KGM, in dem Sonnensegel besprochen wurden. **Stadtrat Moll** kritisiert, dass bereits im Januar beschlossen wurde, Sonnensegel anzuschaffen. Dies hätte schon in 2023 erledigt sein müssen.

Frau Behrendt erläutert, dass bei der laufenden Nr. 26 Mittel erst für das Jahr 2025 vorgesehen sind. Bei der Nr. 24 gibt es einen alten Stadtratsbeschluss. Die Übersicht wird um die Drucksachen-Nr. ergänzt.

Stadtrat Stern erfragt die Einnahmesituation im Baudezernat. Wie entwickeln sich die Gebühren aus Baugenehmigungen? **Herr Rehbaum** erklärt, dass die Gebühren ungefähr stabil bleiben. Im nächsten Jahr wird es wegen einer Großprojektes voraussichtlich zu einer Erhöhung kommen.

Stadtrat Hempel erkundigt sich nach den Kosten der Tunnelunterhaltung. **Herr Gebhardt** sagt zu, diese Zahl nachzuliefern.

Stadtrat Stage fragt nach einer Übersicht hinsichtlich bereits beschlossener Maßnahmen, die bisher nicht begonnen wurden. **Frau Behrendt** legt dar, dass eine solche Übersicht nicht im Haushaltsplan enthalten ist. Sie verweist einerseits auf die I0123/23 zu den Haushaltsausgaberechten. Zugleich habe man eine allgemeine Tabelle schon vorbereitet, die entsprechend gefiltert werden kann. **Stadtrat Stage** möchte bis zur Haushaltssitzung eine Auflistung, welche Maßnahmen noch nicht begonnen worden sind.

Herr Kroll regt an, dieses Thema nicht im Rahmen der Haushaltsaufstellung, sondern gesondert zu besprechen, da es mit viel Recherchearbeit verbunden sei. Er stellt für Anfang 2024 eine Auswertung in Sicht, anhand derer dann entschieden kann, was gestrichen wird.

Stadtrat Canehl hinterfragt die Notwendigkeit zweier Straßenbaumaßnahmen. Das sei zum einen die Martin-Andersen-Nexö-Straße, die aus seiner Sicht nicht dringlich ist. Zum anderen der grundhafte Ausbau der Friesenstraße, bei der er wissen möchte, was die Maßnahme beinhaltet.

Zur Martin-Andersen-Nexö-Straße erläutert **Herr Gebhardt**, dass diese seitens der Stadträte als sehr wichtig benannt worden sei. Daher habe man mit der Planung begonnen, müsse aber SWM einbinden, die dort Leitungen verlegen wollen.

Bei der Friesenstraße handele es sich um den nördlichen Bereich. Da dort die Bäume erhalten bleiben sollen, sind weitere Planungen notwendig. Danach erfolgt der Ausbau.

Stadtrat Stern bemängelt, dass erst drei von 20 Wirtschaftsplänen vorliegen. **Herr Kroll** verweist darauf, dass es Planungen gibt. Die Zuschussbedarfe für die städtischen Gesellschaften sind im Haushaltsplan enthalten, gravierende Abweichungen sind nicht bekannt. Sollte es erforderlich sein, werde man reagieren.

Stadtrat Canehl nimmt noch einmal Bezug auf die Aussagen zur Friesenstraße und zur Martin-Andersen-Nexö-Straße. Er verweist darauf, dass SWM 2025/2026 den Fernwärmeausbau in Stadtfeld weiterführt. Vor diesem Hintergrund solle man die Mittel gleich für etwas anderes vorsehen.

Weiterhin fragt er nach der Planckstraße. Diese sollte mit Fördermitteln in 2023 saniert werden. Ist das Geld ausgegeben? **Herr Gebhardt** erläutert, dass die Maßnahme planungsseitig komplett durchgeführt wurde. Jetzt wird die Straße jedoch als Umleitungsstrecke des Busses für die Baumaßnahme Strombrücke genutzt. Wenn die MVB im Jahr 2024 die Baumaßnahme Hasselbachplatz realisiert, wird die Planckstraße auch da wieder als Umleitungsstrecke gebraucht. Auf Nachfrage erklärt er, dass es Fördermittel gibt, allerdings bei nicht rechtzeitigem Verbrauch Strafzinsen zu zahlen sind.

Stadtrat Stage spricht die MVB an. Es gab mal Erlöse aus Fahrdienstleistungen, aber die Zuschüsse werden immer höher. Aus seiner Sicht kann der ÖPNV nicht erfüllen, was gewollt ist. Er schlägt vor, den Druck von der MVB zu nehmen, indem die Taktzeiten weiter gefasst werden. Damit kann man vielleicht eine höhere Zuverlässigkeit erreichen, den Druck vom Personal nehmen und den städtischen Haushalt entlasten.

Herr Rehbaum verweist auf noch anstehende Gespräche mit der MVB. Über die Taktung sei bereits einmal gesprochen worden. Hier müsste der Träger die Leistungen abbestellen. Dies würde aber dem VEP 2030+ widersprechen.

Stadtrat Hempel hält den Vorschlag einer weiteren Taktung für keine gute Idee, da die Bahnen und Busse bereits jetzt voll sind. Man helfe der MBV nicht, wenn man das Angebot weiter verschlechtere. Er sieht das Problem bei den Abschreibungen. Es gibt 1 Mrd. € Investitionsstau. Je mehr man spare, desto schlimmer wird es.

Abstimmung zur DS0446/23: 2-2-4 nicht empfohlen

5.2. Grundsatzbeschluss Neubau Feuerwehrhaus FF Rothensee und
Lehrrettungswache im Stadtteil Rothensee
Vorlage: DS0379/23

Herr Markgraf bringt die Beschlussvorlage ein. Er verweist auf den Grundsatzbeschluss zum Neubau Feuerwehrhaus FF Rothensee und Lehrrettungswache im Stadtteil Rothensee aus dem Jahr 2020, da die Kapazität am derzeitigen Standort nicht mehr ausreicht. Zwischenzeitlich wurde eine Brandschutzbedarfsplanung erstellt. Der Standort Windmühlenstraße wurde nach Prüfung als geeignet befunden.

Stadtrat Stern vermisst eine Draufsicht in den Unterlagen. **Herr Markgraf** erläutert, dass es diese noch nicht gibt.

Stadtrat Stern hinterfragt weiterhin die gesonderten Besucher-WC für Damen und Herren. Könnte man hier eine gemeinsame Toilette vorsehen? **Herr Markgraf** führt aus, dass im Moment zunächst ermittelt wird, ob sich am Standort die Maßnahme realisieren lässt. Daher gibt es noch keine konkrete Raumaufteilung.

Stadtrat Stage weist auf den vorliegenden Änderungsantrag DS0379/23/1 hin, der für einzelne Räumlichkeiten bereits Maße beinhaltet.

Herr Markgraf wiederholt, dass im Moment noch nicht der Zeitpunkt ist, über Raumgrößen und -aufteilung zu sprechen. Solche Fragen werden mit Erstellung der EW-Bau geklärt. Dann werde man sich am Bedarf orientieren. Am Beispiel Stiefelwäsche führt er aus, dass diese sowieso dazu gehört und deshalb nicht extra aufgeführt wird.

Stadtrat Belas möchte, dass kein Quadratmeter verschenkt wird.

Stadtrat Stage hält den Änderungsantrag für nicht ganz ausgereift, da man für die Zukunft baue und deshalb nicht nur die jetzige Situation einbeziehen kann.

Stadtrat Hempel erkundigt sich, wie der Bedarf ermittelt wird. Er glaube, dass vermehrt auch Mädchen aktiv sind, daher solle gleich größer geplant werden. Deshalb solle sich noch nicht jetzt auf eine Quadratmeterzahl festgelegt werden.

Herr Markgraf teilt mit, dass zukunftsorientiert gebaut werden soll. Deshalb wurde die Brandschutzbedarfsplanung erstellt.

Stadtrat Moll fragt, ob man später erweitern kann. **Herr Markgraf** antwortet, dass das Grundstück Windmühlenstraße ausgenutzt wird.

Stadtrat Stern nimmt Bezug auf die Feuerwache Nord, bei der sich jetzt herausgestellt hat, dass diese hochwassergefährdet sei. Kann es beim Standort Windmühlenstraße auch passieren, falls wieder ein Hochwasser kommt?

Diese Frage kann **Herr Markgraf** nicht beantworten. **Herr Rehbaum** führt jedoch aus, dass er ein Gespräch mit dem Beigeordneten I über die Standorte hatte und er davon ausgeht, dass diese Frage für alle Standorte auch geprüft sei.

Stadtrat Stage bitte um eine klare Aussage dazu im Stadtrat.

Stadtrat Hempel spricht das Thema Inklusion an. Welche Perspektiven gibt es und was soll am Standort diesbezüglich gemacht werden?

Herr Markgraf führt grundsätzlich auf, dass eine Teilnahme am Einsatzdienst nicht möglich sei, weil dafür eine bestimmte gesundheitliche Eignung Voraussetzung ist. In der Kinder- und Jugendfeuerwehr ist bisher kein Interesse von Kindern mit bspw. körperlichen Einschränkungen bekannt.

Stadtrat Hempel weist darauf hin, dass das nicht die Frage war. Ihm sei der Fall eines Wehrleiters bekannt, der trotz körperlicher Einschränkung gleichwohl in der Feuerwehr tätig sei. Er möchte, dass das Thema Barrierefreiheit ernst genommen wird.

Herr Markgraf sagt zu, diese Thematik mitzunehmen.

Abstimmung zur DS0379/23: 7-0-0

- 5.2.1. Grundsatzbeschluss Neubau Feuerwehrhaus FF Rothensee und
Lehrrettungswache im Stadtteil Rothensee
Vorlage: DS0379/23/1
-

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0379/23/1: 2-2-3 nicht empfohlen

- 5.3. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zur 5. Änderung
des Bebauungsplans Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal"
Vorlage: DS0037/23
-

Frau Schäferhenrich bringt die Drucksachen unter TOP 5.3 und TOP 5.4 gemeinsam ein.

Stadtrat Moll fragt, wieso nur vier Bäume in der Mitte sind.

Frau Schäferhenrich verweist darauf, dass in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes straßenbegleitende Bäume enthalten sind. Standorte sind noch nicht festgesetzt, weil diese von der konkreten Bebauung abhängen

Stadtrat Stern findet die Aufstellfläche für Ver- und Entsorgung gut.

Stadtrat Stage fragt noch, ob die Baumpflanzung den privaten Eigentümern aufgegeben wird.

Frau Schäferhenrich verweist auf den Erschließungsvertrag, wonach die Bäume durch den Erschließungsträger zu pflanzen sind.

Stadtrat Canehl hofft, dass der Gehweg an der Klinke bleibt.

Abstimmung zur DS0037/23: 8-0-0

- 5.4. Satzung zur 5. Änderung des Bebauungsplans Nr. 343-1
"Lemsdorf-Klinketal"
Vorlage: DS0038/23
-

Abstimmung zur DS0038/23: 8-0-0

- 5.5. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 353-2 "Eulenberg" im vereinfachten Verfahren und öffentliche Auslegung einschließlich der ersatzweisen Planung nach § 37 Abs. 3 StrG LSA zur Aufweitung der L 50 "Baustellenzufahrt"
Vorlage: DS0375/23
-

Frau Schäferhenrich bringt die Drucksache ein. Es gibt Anpassungsbedarf hinsichtlich der Flächen für Stromversorgung. Weiterhin sind beim Ausbau der L50 jetzt zwei Ausfahrten geplant, um LKW-Verkehre und MIV voneinander zu trennen. Immissionsschutzmaßnahmen sind nicht mehr nötig.

Stadtrat Grube fragt, was auf der Fläche der Baumschulensiedlung geplant ist. Weiterhin möchte er hinsichtlich der aktuellen Planung zur Anbindung der B81 wissen, ob hier noch die Gemarkung Magdeburg betroffen ist und ob es einen Bebauungsplan dazu gibt.

Frau Schäferhenrich erklärt, dass die Fläche der Baumschulensiedlung im Rahmen der Freiflächengestaltung durch den Bauherrn als Regenversickerungsfläche geplant wird. Die Anbindung an die B 81 befindet sich nicht in der Gemarkung Magdeburg. Es gibt einen Bebauungsplan, dieser ist Rechtsgrundlage für den Ausbau.

Stadtrat Grube bittet darum, dass künftig alle Bebauungspläne als Anlage beigefügt werden. Der Gesamtplan zum High-Tech-Park wird per Mail an die Mitglieder des Ausschusses versandt.

Stadtrat Canehl wird der Drucksache nicht zustimmen. Er kritisiert die vorgesehene Breite des einseitigen Zwei-Richtungs-Radweges von 2,50 m als zu schmal.

Frau Schäferhenrich führt aus, dass ein auf der Südseite kommender Radweg hier weitergeführt wird. Die Normbreite kann nochmal geprüft werden.

Stadtrat Grube hält es nicht für sinnvoll, auf beiden Seiten je einen Radweg vorzusehen.

Stadtrat Stage betont den Bedarf, da die Arbeiter auch mit Rad kommen werden.

Herr Gebhardt erläutert, dass das Regemaß eines einseitigen Zweirichtungs-Radweges 3,00 m beträgt, aber bei geringen Radverkehrszahlen 2,50 m.

Herr Rehbaum nimmt das Thema mit.

Stadtrat Grube spricht sich für die Breite von 3,00 m aus und bittet um Abstimmung hierzu.

Änderungsantrag:

Der Zweirichtungsradweg südlich der L50 ist in einer Mindestbreite von 3,00 m auszuführen.

Abstimmung: 9-0-0

Abstimmung zur DS0375/23: 8-0-1 empfohlen mit Änderungsantrag

- 5.6. Neugestaltung des Platzensembles Alter Markt in Magdeburg
Beauftragung Vorplanung
Vorlage: DS0469/23
-

Frau Grosche bringt die Drucksache ein. Der Änderungs- oder Prüfungsbedarf ist in der Drucksache zusammengefasst. Verschiedene Varianten sollen aufgezeigt werden. Eine diesbezüglich ergänzende Aufgabenstellung soll an den Planer erfolgen.

Stadtrat Hempel spricht sich für einen Änderungsantrag aus, wonach die späteren Nutzer zu beteiligen sind.

Stadtrat Grube signalisiert Zustimmung zur Drucksache. Er hält die Ergänzung für richtig.

Stadtrat Stern kritisiert, dass vom gleichen Planer das Gleiche nochmal geprüft wird. Er verweist auf die angespannte Haushaltssituation. Da der Platz funktioniert, sollten die Fördermittel für andere Projekte, zum Beispiel Wohnungsbau verwendet werden.

Stadtrat Grube erwidert, dass die Förderung von sozialem Wohnungsbau gut gesichert ist und nichts mit den hier verwendeten Städtebaufördermitteln zu tun hat. Das Ergebnis des Realisierungswettbewerbes war nicht zufriedenstellen. Die Planung zum jetzigen Zeitpunkt ist richtig. Die Realisierung ist eine andere Sache. Aus seiner Sicht funktioniere der Alte Markt nicht.

Stadtrat Stage fragt, ob nur Leistungsphase und 2 finanziert werden oder die gesamte Planung.

Frau Grosche erläutert, dass nur Planungsleistungen bewilligt sind. Die Mittel reichen bis zur Leistungsphase 4. Dies sei wichtig, da bei kurzfristigen Fördermittelaufufen aus anderen Programmen bei diesem Planungsstand ein Antrag gestellt werden kann.

Stadtrat Stern verweist darauf, dass sich in der Planung am Vorhandenen orientiert werden muss.

Herr Rehbaum erläutert, dass der Wettbewerb Beschlusslage ist. Obwohl der Planer Anspruch auf Umsetzung seines Entwurfes gehabt hat, hat er sich zur Änderung seines Entwurfes bereit erklärt. Es ist auch Beschlusslage, dass der Alte Markt umgestaltet werden soll. Die Wichtigkeit sei gegenüber dem Fördermittelgeber dargestellt werden. Es sei auch nicht möglich, die bewilligten Fördermittel einfach anders zu verwenden.

Stadtrat Hempel erklärt, dass niemand versteht, warum Bäume weggenommen werden sollen, aber der Markt funktioniert nicht und sei auch nicht barrierefrei. Er wird zustimmen.

Stadtrat Stage merkt an, dass in der Drucksache keine klaren Richtlinien enthalten sind, was die Stadt will. Natürlich muss der Alte Markt verändert werden. Er habe aber Sorge, dass als im Ergebnis herauskommt, es ginge alles nicht und dann doch das Wettbewerbsergebnis umgesetzt werden muss.

Stadtrat Canehl schlägt vor, nur einige notwendige Dinge zu machen.

Stadtrat Grube möchte einen Änderungsantrag, wonach das Ergebnis der Vorplanung dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Stadtrat Schuster trägt die Drucksache mit. In der Zukunft sei aber Vorsicht walten zu lassen bei Realisierungswettbewerben. Der Stadtrat muss ein Veto haben.

Stadtrat Moll signalisiert ebenfalls Zustimmung.

Änderungsantrag

a) Punkt 1 wird ergänzt:

ÄA unter 1.

den ersten Preis des Freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbes als Grundlage für die weitere Planung inkl. des aufgezeigten Modifizierungsbedarfes. Dabei sind die Nutzerinnen und Nutzer des Areals Alter Markt (u.a. Weihnachtsmarkt GmbH und Wochenmarkt) zu beteiligen.

b) Punkt 4 wird neu hinzugefügt:

4. Das Ergebnis der Vorplanung wird dem Stadtrat zur weiteren Beratung vorgelegt.

c) in der Begründung wird geändert:

Das vorliegende Wettbewerbsergebnis ist zu **überarbeiten**, um insbesondere den Bestand bzw. den Entwicklungsabsichten des Wochen- und Weihnachtsmarktes Rechnung zu tragen.

Folgende Bestandteile des Wettbewerbsergebnisses sind zu **überarbeiten**:

Abstimmung: 9-0-0

Abstimmung zur DS0469/23: 7-1-1 empfohlen mit Änderungsantrag

6. Anträge

6.1. Erneute Bewerbung um das Label „StadtGrün – naturnah“
Vorlage: A0033/23

zurückgestellt

6.1.1. Erneute Bewerbung um das Label „StadtGrün – naturnah“
Vorlage: S0357/23

zurückgestellt

6.2. Mobilitäts-App für Magdeburg
Vorlage: A0136/23

Stadtrat Hempel verweist auf Google Maps. **Stadtrat Stage** ergänzt, dass es ein Programm (Map Content Partner Programm) gibt, in dem Kommunen Baustellen eintragen können. Allerdings macht die Stadt Magdeburg davon keinen gebrauch. Aus seiner Sicht sei das sinnvoll, da 90 % der Leute Google Maps benutzen.

Stadtrat Stern fragt nach, ob das IfAK bereit sei, so eine App zu betreuen. **Herr Gebhardt** bejaht und verweist auf die Kosten.

Abstimmung zum Antrag A0136/23: 2-5-2 nicht empfohlen

6.2.1. Mobilitäts-App für Magdeburg
Vorlage: S0407/23

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

6.3. Bilanzierung von Eingriffsfolgen nach dem Modell des Landes
Sachsen-Anhalt
Vorlage: A0018/23

Frau Schäferhenrich erläutert, dass ein Bebauungsplan das Ausgleichserfordernis abschließend klärt. In der Stellungnahme sind das Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt und das Magdeburger Modell zur Bilanzierung von Eingriffen gegenübergestellt.

Stadtrat Hempel fragt, was die Verwaltung empfiehlt. **Herr Rehbaum** erklärt, dass die Verwaltung eine Umstellung auf das Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt empfiehlt, sobald bereits vorhandene Ausgleichspunkte aufgebraucht sind.

Frau Schäferhenrich weist darauf hin, dass ein Ausgleich nach Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt auch außerhalb Magdeburgs erfolgen kann, während der Ausgleich nach Magdeburger Modell in Magdeburg umgesetzt wird. **Herr Rehbaum** ergänzt, dass es auch künftig Ziel der Verwaltung ist, Ausgleichsmaßnahmen in Magdeburg zu realisieren.

Stadtrat Canehl freut sich, dass die Verwaltung den Antrag umsetzen möchte. Er will zustimmen.

Stadtrat Grube verweist auf Seite 2 der Stellungnahme und den dort aufgeführten Hinweis zum weiterhin geltenden Stadtratsbeschluss über die ortsnahe Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen.

Frau Schäferhenrich legt dar, dass die Haltung der Verwaltung zum Punkt b der Anfrage differenzierter ist. § 13 a BauGB ist anwendbar auf Flächen, die durch Bebauung geprägt sind, also z. B. von Bebauung umgeben sind. Bei einem Erhaltungsgebot von Baum- und Strauchbestand kann es sein, dass die Flächen nicht mehr genutzt werden können.

6.3.1. Buchstabe a

Abstimmung zum Antrag A0018/23 / Punkt a: 7-0-2

6.3.2. Buchstabe b

Abstimmung zum Antrag A0018/23:/ Punkt b: 3-5-1 nicht empfohlen

6.3.3. Bilanzierung von Eingriffsfolgen nach dem Modell des Landes
Sachsen-Anhalt
Vorlage: S0188/23

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

7. Informationen

7.1. Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA
Vorlage: I0217/23

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Gebhardt informiert über den Inhalt des Sachstandes.

Stadtrat Hempel fragt, ob es zu Problemen bei der Haltestelle der MVB in Bezug auf die Maßnahmen der DB AG kommen kann. **Herr Gebhardt** stellt dar, dass die MVB ihre Haltestelle Ende des Jahres in Betrieb nehmen wird.

Herr Canehl listet die Mängel bei der Eisenbahnunterführung auf:

- Bei der Nutzung des Radweges gibt es sehr unterschiedliche Beleuchtungssituationen. Er bitte um Überprüfung.
- Die Warteflächen für Radfahrer an den Lichtsignalanlagen des Damaschkeplatzes sind zu knapp bemessen.
- Teilweise ist die rote Lasur auf den Radwegen bereits wieder verschwunden. Ist die Aufbringung von Piktogrammen möglich.
- Es ist nicht klar, wie ein Radfahrer aus Richtung Stadtfeld zum Willi-Brandt-Platz kommt. Zudem kritisiert er das Granitpflaster. Hier soll im Zuge der Umgestaltung des Willi-Brandt-Platzes eine andere Lösung gefunden werden.

Stadtrat Schuster möchte ausdrücklich im Protokoll festgehalten haben, dass er keine rote Lasur für die Radwege vorgeschlagen hat. Im Übrigen habe er bei Nutzung der Ringabfahrt Damaschkeplatz und Abbiegens in den Editharing die Erfahrung gemacht, dass unvermutet Fahrradfahrer aus Richtungen kommen, aus denen sie nicht kommen sollten.

Stadtrat Stage ergänzt, es für Radfahrer in dem Bereich nicht erkennbar ist, wie man zum Beispiel in die Innenstadt geleitet wird.

8. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

9. Verschiedenes

Stadtrat Stern erkundigt sich nach Naturierungsmaßnahmen, die im Bereich Kreuzhorst, aber auch entlang westelbischer Bereiche gemacht werden. Was wird dort gemacht. Er habe die Befürchtung, es sind Flächen betroffen, die für eine eventuelle Überquerung der Elbe benötigt werden könnten.

Frau Scheerenberg erläutert, dass es sich um eine Landesmaßnahme „Ausweitung der Natura 2000“ handelt. Die Stadt sei beteiligt worden.

Stadtrat Stern bittet, dass nochmals schriftlich zusammenzustellen.

Stadtrat Hempel erkundigt sich, ob die Überwachung des Tunnels Universitätsplatz auch von der Stadt übernommen wird. **Herr Gebhardt** bejaht dies. Von der Dimension her sei der Tunnel Universitätsplatz, ebenso wie der Tunnel Askanischer Platz, nicht prüfungspflichtig. Im Zuge der Ausschreibung der Tunnelüberwachung EÜ ERA seien diese beiden Tunnel aber als Option enthalten.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Claudia Gerner
Schriftführerin